

blick nach rechts

A 13861

INFORMATIONSDIENST ÜBER RECHTSAUSSEN: 14. Jahrgang Nr. 20 1. Oktober 1997

→ **190 Stimmen zuwenig** Seite 2

Nur ganz knapp ist die rechtsextremistische „Deutsche Volksunion“ am Einzug in die Hamburger Bürgerschaft vorbeigeschrammt. Mit 13 Kandidaten ist die Partei des Münchner Verlegers Dr. Frey allerdings künftig in vier Bezirksparlamenten vertreten. Zweistellige Ergebnisse holten die extremen Rechten in Stadtteilen, die als soziale Brennpunkte gelten.

→ **Rechtes Auge geschlossen** Seite 3

Der FDP-Parteivorstand hat sich nun doch dazu durchgerungen, gegen den Rechtsabweichler Heiner Kappel Ordnungsmaßnahmen zu ergreifen. Kappels Ausflüge nach rechts sorgten in jüngster Vergangenheit für Furore.

→ **Braune Musikgruppen** Seite 5

Konzerte mit Skinhead-Bands erfreuen sich augenscheinlich einer wachsenden Fangemeinde. Organisatorisch sind die meisten Bands in die Skinhead-Netzwerke „Blood & Honour“ oder „Hammer-skins“ eingebunden.

→ **Ende einer Parteikarriere** Seite 8

Der geschätzte NPD-Vize Günter Deckert verfügt offensichtlich über sechsstelligen Vermögensbestände. Dies wiederum verdrießt seine Parteifreunde, die eifrig für den Inhaftierten gesammelt und gespendet haben. Auch die Staatsanwaltschaft hat Ermittlungen wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten eingeleitet.

Tagebuch Seite 13

Nur im Abo. 14tägig zum Preis von DM 117,- jährl. zzgl. MwSt. und Versand
Vorwärts Verlag, Wilhelmstr. 140, 10963 Berlin
Telefon 030/25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

DVU an fehlenden 190 Stimmen
gescheitert

Noch einmal davongekommen

Bei der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September verpaßte die „Deutsche Volksunion“ (DVU) den Einzug in das Rathaus nur knapp – wie vor vier Jahren die „Republikaner“ – und kündigte die Anfechtung des Wahlergebnisses an. Der Stimmenanteil des rechtsextremen Lagers (DVU, REP und NPD) hat sich von 7,6 auf 6,8 Prozent der Stimmen verringert. Der erstmals in Hamburg kandidierende rechtspopulistische „Bund Freier Bürger“ (BFB) konnte allerdings ebenfalls 1,3 Prozent der Stimmen für sich verbuchen. Außerdem schafften insgesamt 13 Kandidaten der DVU den Einzug in die Bezirksparlamente von Harburg, Bergedorf, Mitte und Wandsbek. Die REP, bislang in zwei Bezirken vertreten, scheiterten diesmal.

Die Mitarbeiter einer Hamburger Boulevardzeitung hatten am Tag der Bürgerschaftswahl einen guten Riecher. Wenige Minuten vor dem Schließen der Wahllokale und noch vor der ersten Prognose versuchten sie, via Auskunft an die Telefonnummern der Spitzenkandidaten der rechtsextremen DVU heranzukommen. Fehlanzeige! Auch die aufgeregte Suche nach Vertretern der von dem Münchner Verleger Gerhard Frey geführten Truppe verlief im Labyrinth des Congreß Centrums Hamburg (CCH) zunächst ohne Erfolg. Als eine knappe halbe Stunde später die erste Prognose der DVU versprach, die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu können, ging ein allgemeines Raunen durch die Gänge. Die vom Hamburger Verfassungschef Reinhard Wagner im Frühjahr ausgesprochene Warnung, daß die Rechtsparteien über ein „beträchtliches Wählerpotential“ verfügen würden, wurde bestätigt.

Kurz nach 20 Uhr konnten die Fotografen und die Vertreter der schreibenden Zunft die Objekte ihrer Begierde doch noch orten: DVU-Boß Frey eilte siegessicher mit seinem Hamburger Spitzenkandidaten, dem Kaufmann Heinrich Gerlach (49), im Gefolge in das Medienzentrum am Dammtor-Bahnhof. „Es ist wunderbar, daß die Volksunion sich nun als viertstärkste Partei gegen enorme Widerstände durchsetzen konnte“, diktierte Frey in die Notizblöcke der Journalisten, bevor er die Fernsehsender nach und nach abklapperte. Der mit 4,977 Pro-

zent oder 190 Stimmen knapp gescheiterte Einmarsch der Frey-Truppe in das Rathaus wäre ein Novum in der Hansestadt gewesen. Nie zuvor konnten nach Kriegsende Rechtsextreme Sitze ergattern. CDU-Spitzenkandidat Ole von Beust bezeichnete die Partei als „Nazis“, deren Wähler „frustrierte Enttäuschte“ seien und der Fraktionschef der Grünen, Willfried Maier, bezweifelte, „ob die bei Bürgerschaftsdebatten etwas über die Lippen kriegen“.

Eine Vermutung, mit der der promovierte Philosoph nach der Auffassung seines in der Bezirksversammlung Bergedorf sitzenden Partei-Kollegen Thomas Kowsky nicht völlig danebenliegt. Dort sind mit Ingolf Groetschel und Ursula Winkler zwei DVU-Abgeordnete bereits seit vier Jahren vertreten. „Deren Mitarbeit geht gegen Null. Die haben keine Ausschusssitzung besucht und in der Zeit höchstens ein bis zwei Redebeiträge abgeliefert, die auch noch vom Blatt abgelesen wurden“, moniert Kowsky. Nur als Groetschel einen Antrag auf die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in seiner Straße gestellt hat, sorgte die DVU für Gesprächsstoff. Ähnlich teilnahmslos verhielten sich die insgesamt fünf Abgeordneten der REP in den Bezirken Mitte und Harburg. Der amtierende Hamburger Polizeipräsident und vormalige Verfassungsschützer Ernst Uhrlau hatte schon 1993 vorausgesagt, daß die Rechtsausleger „weder gestaltungsfähig noch gestaltungswillig sind“. Für den Hamburger Steuerzahler sind die rechten Volksvertreter ein teurer Spaß: rund 850 000 Mark konnten diese in der abgelaufenen Legislaturperiode auf ihren Konten verbuchen.

Unsichtbare Kandidaten

„In Hamburg hat es keine Hinwendung zu rechtsradikalen Parteien gegeben“, betonte Landeswahlleiter Wolfgang Prill in seiner Wahlanalyse der Bürgerschaft. Das stimmt allerdings nur auf den ersten Blick. Betrachtet man DVU (40 957 Stimmen = 4,977 Prozent). REP (15 207 = 1,7 Prozent) und NPD (1127 = 0,1 Prozent; 1993 nicht dabei) als einen Block, dann haben die drei Rechtsparteien zusammen 7200 stimmen verloren. Zählt man aber den rechtspopulistischen „Bund Freier Bürger“ (10 863 Stimmen = 1,3 Prozent) dazu, sieht die Sache anders aus. Danach hätte sich das rechte Wählerpotential um mehr als 3500 Stimmen vergrößert. Die Wahlanalyse des Statistischen Landesamts Hamburg lautet in bezug auf das rechtsextreme Spektrum zusammengefaßt: Die DVU wird von Männern, insbesondere von jüngeren, deutlich häu-

figer als von Frauen gewählt. Die wohl erschreckendste Zahl haben die männlichen Jungwähler mit 12,4 Prozent der Stimmen (Frauen: vier Prozent) für die DVU produziert. Der Anteil der über 60jährigen Wähler und Wählerinnen der DVU beträgt 41 Prozent, der der unter 35jährigen dagegen 28,5 Prozent. Die Stadtteile mit relativ hohen Stimmenzahlen für die Rechtsaußenparteien sind durch höhere Anteile von Arbeitern und Hauptschülern gekennzeichnet. Die DVU gewinnt vor allem in Gebieten mit sozialen Problemen, die ehemals SPD-Hochburgen waren. „Republikaner“ und DVU liegen in Stadtteilen, die als soziale Brennpunkte gelten, zusammen, wie schon 1993, bei elf Prozent der Stimmen (1991: zwei Prozent). Die DVU erzielt in zwei Wahlbezirken in den Stadtteilen Billbrook und Harburg mit jeweils über 19 Prozent ihr bestes Ergebnis.

Schon im Vorfeld der Wahl hatte die „Deutsche Volksunion“ mit aggressiven Werbemethoden für einigen Wirbel gesorgt. So kreiste ein Flieger mit dem Slogan „Wählt DVU!“ ständig über dem Himmel der Hansestadt, was zwei Hamburger Flugunternehmer allerdings zum Konter am Firmanent mit „Nazis raus!“ animierte. Die grüne Bürgerrechtsfraktion erstattete gegen die Frey-Truppe Anzeige wegen Volksverhetzung und Beleidigung. In Wahlbriefen an Jungwähler hatte die DVU unter dem Titel „Multi-Kulti?“ eine Szene aus einem fiktiven (deutschen?) Parlament dargestellt: Afrikanisch und asiatisch anmutende Personen werden dort im Zusammenhang mit Drogen- und Waffenhandel, oralen Sex und Alkohol dargestellt, die eine einzelne als „deutsche Minderheit“ bezeichnete Person umringt.

Volker Stahl

Heiner Kappels Dauerprovokation des FDP-Parteivorstandes

Rechtes Auge zugekniffen

Der hessische FDP-Landesvorstand hat gegen Heiner Kappel, Sprecher der Liberalen Offensive, ein Parteiordnungsverfahren in die Wege geleitet, das möglicherweise den Parteiausschluß zur Folge haben wird. Von der FDP-Landtagsfraktion in Wiesbaden wurde der Rechtsaußen-Politiker am 23. September ausgeschlossen. Kappels erklärtes Ziel ist es, die Freien Demokraten rechts von der Union zu positionieren.

Kein Schimpf-, sondern ein Ehrbegriff“ sei es für ihn, wenn er als rechtsgerichteter Populist bezeichnet werde, erklärte Heiner Kappel, zu dem Zeitpunkt noch stellvertretender hessischer Fraktionsvorsitzender der FDP, am 15. September vor einem für einen FDP-Politiker ungewöhnlich großen Publikum. 250 Menschen waren in das Wiesbadener „Haus der Heimat“ gekommen, um seiner Rede „Freiheit, die ich meine“ zuzuhören. Es handelte sich um eine doppelte Provokation für die Parteispitze: die Überschrift seiner Rede stellte ihn in die Nachbarschaft Jörg Haiders, den Titel dessen Buches aufgreifend; die Veranstaltung selbst war durch die Konkurrenz, den „Bund Frei-

er Bürger“ des FDP-Dissidenten Manfred Brunner organisiert worden. Auch briefliche, warnende Worte der Fraktionsvorsitzenden Wagner hatten Kappel nicht aufgehalten. Ungerührt ignorierte er auch die als Einladung deklarierte Vorladung zur Sitzung des Landesvorstandes am 21. September. Er habe „andere Verpflichtungen“, ließ er sich entschuldigen.

Kritik am Zeitgeist

Es ist bezeichnend, daß die FDP weniger auf die von Kappel vertretenen Inhalte reagiert, sondern sich in ihrer Kritik auf sein „Fremdgehen“ bei anderen Organisationen beschränkt. Kappel muß zugebilligt werden, daß er seine Provokationen wohl-dosiert und taktisch geschickt betreibt. Einerseits hat er es bisher vermieden, offen mit Gruppierungen zu kooperieren, die keinen akzeptierten Platz mehr innerhalb des Verfassungsbogens haben. Andererseits ähnelt sein Vorgehen einer Strategie der Nadelstiche, da ein öffentlichkeitswirksamer Eklat immer dann erfolgt, wenn die Aufregung um den letzten sich gerade gelegt hatte. Seiner Beteiligung an der Gründung der „Stimme der Mehrheit“ im Mai in München und der Kandidatur zum Parteivorsitz bei Parteitag in Wiesbaden folgte im Juni sein Auftritt als Redner bei einer zentralen Veranstaltung der DSU in Magdeburg. Die Sommerflaute der Medien im Juli nutzte er zur Drohung mit seinem Parteiaustritt, falls seine ultimative Forderung nach einem Gespräch mit Parteichef

Gerhardt nicht erfüllt werde. Kappels Wunsch war diesem Befehl. Derart ermutigt, begab er sich im August nach Hamburg, zum Wahlkampfeinsatz für den BFB, dort seine inhaltliche Übereinstimmung mit diesem verkündend. Gleichzeitig ließ er kein gutes Haar an der eigenen Partei: diese sei zum Linksliberalismus degeneriert und dem Zeitgeist erliegen.

Die Aufregung um Kappels jüngste Missetat in Wiesbaden ist noch nicht verklungen, da steht schon sein nächster Husarenstreich ins Haus. Die „Initiative 3. Oktober“, ein loser Zusammenschluß, der wesentlich getragen wird durch BFB, DSU, Deutscher Partei, verschiedenen Kleingruppen rechts von den Unionsparteien sowie diversen Einsprengseln aus der extremen Rechten, kündigt ihn als Hauptredner für seine diesjährige Veranstaltung am 3. Oktober am Kyffhäuser an. Kappel setzt damit die Reihe fort, die 1995 mit Alfred Meckersheimer und 1996 mit dem Bonner Professor Hans-Helmuth Knütter begonnen wurde. Eingerahmt wird sein Gastspiel durch Grußworte der Spitzen der drei o.a. Parteien, eine Gedenksprache des DSU-Generalsekretärs Rudolf Andreas, „lyrische(n) Gedanken an das Deutsche Volk“ des rechtsökologischen Urgesteins Baldur Springmann und den Sprecher des Bündnisses, Lothar Lauck. Dieser ist außerdem in gleicher Funktion für den Staatspolitischen Club Rhein-Main tätig und war in der Vergangenheit hessischer Landesvorsitzender der „Jungen Nationaldemokraten“ und Bundestagskandidat der REPublikaner. Der Titel der Festrede bei der Veranstaltung, für die in der „Jungen Freiheit“ und im „Ostpreußenblatt“ geworben wird, am historischen, mythenträchtigen Ort: „Für eine gemeinsame Deutsche Zukunft 1998 – Kein Euro, kein Maastricht-Europa, keine Multikultur!“ Es ist kein Zufall, daß „deutsch“ hier groß geschrieben wird.

Der Aufruf zu dieser Veranstaltung könnte aus der Feder Kappels selbst stammen, so sehr entspricht er dessen Vorstellung, daß der strategische Platz seiner Partei rechts von der CDU sein müsse. Nahezu alle Ideologeme finden sich darin wieder, die er selbst immer wieder in seinen Reden zu Gehör bringt. Gefordert wird die „Besinnung auf die Werte unserer christlich-abendländischen Kultur“, angeprangert wird eine „auf die Selbstaufgabe Deutschlands hinauslaufende Politik“ mit einem „dem Deutschen Volk gegen seinen Willen aufgezwungenen Euro“ und der „Auflösung Deutschlands in einem zentralistischen Maastricht-Europa“. Beklagt werden die nur „äußerlich vollzogene Ver-

einigung“ Deutschlands, das weiterhin „innerlich zerrissen“ bleibe, die Opferung unserer Kultur an „globalisierende multikulturelle Irrungen“, die „Unterordnung deutscher Interessen hinter internationalen Interessen“ sowie die „elitäre Arroganz“ der „politischen Klasse“.

Ein Herz für Leistungsträger

Gewiß findet sich hier ein Stück jenes rechten Populismus, den Kappel bereitwillig für sich reklamiert. Doch die echten Rechtspopulisten gehen bei ihrem Kampf um die Stammtischhoheit stets auch auf die sozialen Bedürfnisse ihrer Klientel ein. Ein Musterbeispiel dafür ist der jüngst erfolgreiche Norweger Carl I. Hagen, der es neben seinen rassistischen Äußerungen nicht versäumte, höhere Ausgaben für die Sozial- und Bildungspolitik sowie eine Lockerung der Bestimmungen beim Alkoholverkauf zu fordern. Nicht so Kappel. Er steht für einen Neoliberalismus, der den Staat völlig aus der Sozial- und der Wirtschaftspolitik verbannt möchte. Nicht das gemeine Volk ist sein Ansprechpartner, sondern die sogenannten Leistungsträger, deren Wohlstand er zu Lasten der ohnehin schon Schwachen gemehrt sehen will. Ob er nun für eine Erschwerung des Zugangs zu den Hochschulen eintritt oder für eine Reduzierung der Sozialhilfe auf das absolute Minimum der Grundbedürfnisse (wörtlich: „Ein Dach über dem Kopf, etwas zu Essen und Feierabend.“), so seine umjubelte Forderung in Wiesbaden, stets „vergißt“ der promovierte Theologe das christliche Gebot der Nächstenliebe und plädiert in einer sich sozial immer stärker polarisierenden Gesellschaft für weitere Ausgrenzungen.

Den ideologischen Abschied vom Liberalismus hat Kappel schon längst vollzogen. Deutlich wird dies in seinem gemeinsam mit Alexander von Stahl verfaßten Vorwort zu dem Sammelband „Für die Freiheit“ (Berlin 1996). Während der Gleichheitsgedanke seit der Französischen Revolution als einer der Grundpfeiler des Liberalismus gilt, betont Kappel: „Als Liberale sehen wir in der Ungleichheit auch der Individuen keinen Nachteil... Wer die Verschiedenheit der Geschlechter, der sozialen Schichten und auch der Einzelpersonlichkeiten beseitigen will, um eine Utopie der 'Gleichheit' zu verwirklichen, wird nicht das Glück der Menschen mehren, sondern sie am Ende ihrer Freiheit berauben.“ (S.9) Gleichheit existiert bei Kappel nur in der juristischen Variante als Gleichheit vor dem Gesetz.

Volkmar Wölk

„Auf eigene Gefahr“ bis zu
„Zillertaler Türkenjäger“

Rechte Musiker spielen auf

Skinbands erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Die Zahl der Konzerte, mit teilweise bis zu 1 000 Besuchern, hat sich im vergangenen Jahr mehr als verdoppelt. Organisatorisch sind die meisten dieser Bands in die Skinhead-Netzwerke „Blood & Hammer“ oder „Hammerskins“ eingebunden.

Der Markt mit der ultrarechten Musik boomt. Zumeist sind es Bands aus dem Inland, die in der rechtsextremen Szene der Bundesrepublik Deutschland gehört werden. Aber auch US-amerikanische, skandinavische und andere europäische Musikgruppen verkaufen hier ihre Tonträger. Häufig gehören diese Kombos der rechten Skinhead-Szene an oder stehen ihr zumindest nahe. Viele dieser Skinhead-Bands sind in einem der Skin-Netzwerke wie „Blood & Honour“ oder „Hammerskins“ organisiert. In der Bundesrepublik existieren rund fünf Dutzend Bands, die sich über die gesamte Republik verteilen. Die Namen lassen in der Regel keinerlei Zweifel an der politischen Weltanschauung der mehr oder weniger professionellen Musiker. Sie reichen von „Auf eigene Gefahr“ aus Chemnitz bis zu den „Zillertaler Türkenjägern“. Sehr häufig sind es Anleihen, Spielarten und Verfremdungen aus dem militärischen Bereich bzw. der NS-Zeit, wie „Hauptkampflinie“ aus Kassel, „Stuka“ aus Bottrop und „Bomber“ aus dem sächsischen Meerane (Kreis Glauchau), „Spreegeschwader“ und „Landser“ aus Berlin. Besonderer Beliebtheit bei der Namensgebung erfreuen sich zusammengesetzte Substantive, die die Vokale Sturm enthalten. „Sturmbar“, „Sturmchor“, „Sturmflagge“, „Sturmgesang“, „Sturmtrupp“, „Sturmtruppen“ und „Sturmwehr“ tauchten schon als Namen für diverse Fascho-Bands auf.

Die Lebensdauer dieser Musikgruppen ist recht unterschiedlich. Viele beginnen als rechtsradikale Schülerband und lösen sich nach wenigen Jahren wieder auf. Andere schaffen es, eine CD mit Eigenkompositionen oder auch Coverversionen aufzunehmen. Der kommerzielle Erfolg entscheidet nicht selten über das Fortbestehen des rechten Klangkörpers. Die Stückzahlen der CDs reichen

von einige hundert bis zu vielen tausend Exemplaren. Zusätzliche Verbreitung finden die braunen Songs durch das eigenständige Kopieren der rechten Konsumenten. Als älteste bestehende Band könne die „Böhsen Onkelz“ gelten, deren Gründung im Jahr 1979 datiert. Allerdings wechselten die „Onkelz“ 1987 mit großem kommerziellen Erfolg ins Heavy-Metal-Lager und spielten seither Lieder ohne rechtsextremistische Texte. Bisweilen sind die Strophen jedoch von einer Mehrdeutigkeit, die die „Onkelz“ in Teilen der rechten Szene nicht als völlige „Verräter“ erscheinen läßt. Neonazistischen Kadern gelten die „Böhsen Onkelz“ jedoch als „verzeckt“.

Räumlichkeiten für Geburtstags- feier

Ende der 80er Jahre wurden verstärkt Skinhead-Bands gegründet. Den ersten richtigen Boom gab es dann im Gefolge der deutschen Vereinigung im Jahre 1990. Bis dahin fanden rechte Musikgruppen kaum öffentliche Beachtung und keinen Eingang in den Verfassungsschutzbericht. Mit der zunehmenden Rezeption rechtsextremer und ausländerfeindlicher bzw. rassistischer Inhalte erstarkte auch die subkulturelle braune Musik-Szene. Zahlreiche Konzerte vor allem im neuen Osten Deutschlands wurden organisiert. Die Nachfrage nach Kapellen rechter Provenienz war entsprechend groß. Begleitend dazu wurden Demotapes und Tonträger – zunächst noch Schallplatten, später zunehmend CDs – produziert. Die Texte überschritten häufig die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, Konsequenz war eine Reihe von Gerichtsverfahren gegen die wilden Braunen wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhaß, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. „Kraftschlag“, „Radikahl“ und „Tonstörung“ waren nur die prominentesten rechtsextremen Skinhead-Bands vor Justitia. 1992 berichtete der Verfassungsbericht des Bundes erstmalig über Skinhead-Songs und Skinhead-Konzerte. Daneben wurden seit 1991 rund 130 Musikproduktionen indiziert. Doch stellen Indizierungen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften eine stumpfe Waffe im Kampf gegen den rechten Ungeist dar. Sie erfolgen erst mit einer erheblichen zeitlichen Verzögerung nach der Veröffentlichung der Tonträger. Der Verkauf ist bis dahin häufig schon abgeschlossen. Zudem muß eine gewisse Werbewirksamkeit zugunsten der Bands durch sol-

che exekutive Maßnahmen befürchtet werden.

Heute weiß die Szene, wie weit sie bei ihren Texten formaljuristisch gehen kann. Ersatzweise werden die Tonträger unter klandestinen Umständen vertrieben. Die Produktion findet im Ausland – Tschechien, Skandinavien oder USA – statt. Die Vertriebswege sind nicht nachvollziehbar, da es keine Kontakt- oder Bestelladressen gibt. Der Absatz der braunen Silberlinge erfolgt direkt, zumeist bei Konzerten oder anderen Veranstaltungen der Szene. Die Zahl der Konzerte hat sich nach offizieller Angabe zwischen 1995 und 1996 auf rund 70 mehr als verdoppelt. Die Zunahme von Konzertveranstaltungen ist auch auf das erweiterte Wissen der Szene zurückzuführen. Die Anmietung von Räumlichkeiten erfolgt häufig unter Angabe von Scheingründen wie Verlobungs- oder Geburtstagsfeier, Hochzeit oder geschlossene Vereinsveranstaltung. Mobilisiert wird zu den Konzerten relativ kurzfristig und mündlich. Weder Plakate, Flugzettel noch Hinweise der verschiedenen „Nationalen Infotelefone“ verraten im Vorfeld eine solche Veranstaltung. Hinterher finden sich dann bunt-schillernde Berichte in den zahlreichen Skinzines, den Magazinen der Skinheads. Die Anreise wird über Umwege und Kontrollposten organisiert. Ziel ist es, sowohl Polizei wie auch den politischen Gegner abzuschütteln. Als Krösus bei Konzertveranstaltungen kann im Westen der langjährige Kader der verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) Thorsten Heise gelten. Im Oktober 1995 besuchten rund 1 000 Personen eine Großveranstaltung in Northeim.

Rivalisierende Skinhead-Netzwerke

Zahlreiche Bands gehören einem der Skinhead-Netzwerke an. Doch gibt es auch Skin-Bands, die nachdrücklich als unpolitisch gelten wollen. Diese sogenannten „Oi!“-Bands stellen jedoch eine Minderheit unter der Gesamtheit der musikalischen Skin-Szene dar. Die rechtsextreme Skinhead-Bewegung „Blood & Honour“ entstand in den 80er Jahren in Großbritannien. Als Gründer gilt Ian Stuart Donaldson, verstorbener Kopf der Band „Skrewdriver“. Nach internen Querelen hat sich „Blood & Honour“ in zwei Gruppen gespalten. Die eine besteht, so die britische antifaschistische Zeitschrift Searchlight, um die Bands „English Rose“ und „Celtic Warrior“. Im Zentrum der anderen

Gruppe stehen Chris Hipkin und Stigger, der letzte Gitarrist von „Skrewdriver“. Die Band „Skrewdriver“ hat immer noch absoluten Kultcharakter. Nach dem Unfalltod Ian Stuarts 1993, er war auch Leiter des „Blood & Honour“-Musikvertriebs, übernahm „Combat 18“ den lukrativen Vertrieb unter dem Namen ISD, den Initialen des Verstorbenen. Hipkin steht der militanten Anti-Antifa-Truppe „Combat 18“ nahe und war Herausgeber des Skinzines „British Oi!“. Eine weitere organisierte Strömung der Skinheads kommt aus den USA und hört auf den Namen „Hammerskins“ (vgl. BNR 24/96). Diese Bewegung wurde 1986 von Wollin Lange und Sean Tarret in Dallas/Texas gegründet. Ursprüngliches Ziel war es, „die gesamte weiße Skinhead-Bewegung Amerikas zu vereinen“. Die „Hammerskins“ sind inzwischen in Divisionen und nationale Sektionen eingeteilt. Neben Nordamerika und Australien finden sich die „Hammerskins“ auch in Europa wieder. In Europa gibt es „Hammerskins“ seit 1995 in England, außerdem in Frankreich, Tschechien, Skandinavien, der Schweiz und seit über drei Jahren in der Bundesrepublik. Die „German Hammerskins“ sind vor allem in Ostdeutschland (Berlin, Brandenburg, Sachsen), aber auch in Baden-Württemberg aktiv. Logistische Unterstützung erfahren die ostdeutschen „Hammerskins“ durch die neonazistische Organisation „Die Nationalen e.V.“. Kai Stüwe, Sänger und Chef von „Freikorps“ aus Reinfeld (Kreis Stormarn), ist Leiter der „Hammerskins“ in Schleswig-Holstein. Von Detroit aus wird das Magazin „Resistance“ der „Hammerskins“ vertrieben. Als Publikation von „Blood & Honour“ erscheint die gleichnamige Zeitschrift in der Bundesrepublik für die Sektionen Berlin, Brandenburg, Sachsen, Württemberg und Baden.

Die auflagenstärkste rechte Musikzeitschrift in der Bundesrepublik ist „Rock Nord“ von Torsten Lemmer. „Rock Nord“ erscheint seit 1996 als Nachfolgeprojekt von „Moderne Zeiten“. Der 27jährige Lemmer kann als bundesdeutscher Geschäftsmacher Nummer 1 in Sachen rechter Musik gelten. Lemmer managt und produziert seit Jahren Bands wie „Störkraft“, „Rheinwacht“, „Siegeszug“, „Schlachtruf“ oder „08/15“. Immer wieder wechseln Bands das Label oder den Vertrieb aufgrund von Unzufriedenheit mit dem Geschäftsgebaren der Verantwortlichen. Die semiprofessionellen oder Amateur-Musiker profitieren weit weniger als das geschäftliche Umfeld von dem Boom mit der rechten Musik.

Rechter Professor entlassen

Das nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerium hat dem Münsteraner FH-Professor Werner Pfeifenberger fristlos gekündigt. Damit zog es die Konsequenzen aus einem Urteil des Handelsgerichts Wien von Ende August, mit dem Pfeifenbergers Klage auf Unterlassung abgewiesen worden war. Der Hochschullehrer, der seit 1973 in Münster lehrt und in den 80er Jahren gute Beziehungen zum Apartheidsystem in Südafrika unterhielt, war gegen den Wiener Journalisten Karl Pfeifer und die Israelitische Kultusgemeinde Wien vor Gericht gezogen, nachdem ihm in einem Beitrag in der Zeitung der Kultusgemeinde „Nazi-Diktion“

vorgeworfen worden war. (vgl. BNR 10/97) Pfeifer hatte den Begriff in einer Rezension benutzt, die sich mit dem Jahrbuch der FPÖ 1995 befaßte. Dort war ein Aufsatz Pfeifenbergers („Internationalismus gegen Nationalismus – eine unendliche Todfeindschaft?“) erschienen, in dem er – so Pfeifer – „die Mär vom jüdischen Krieg gegen Deutschland“ verbreitete.

Gescheitert ist Pfeifenberger auch vor dem Landesgericht Wien, wo er einen Zivilprozeß gegen Pfeifer angestrengt hatte. Am 18. September sprach das Gericht Pfeifer vom Vorwurf der „üblen Nachrede“ frei. Die Kritik an Pfeifenbergers Wortwahl, urteilte Richter Röggl, sei „nicht nur zulässig, sondern auch wahr“. Das darin vertretene Geschichtsbild stimme mit wesentlichen Mustern des NS-Geschichtsbildes überein. M.F.

Gegen rechts- extreme Ideologen strafrechtlich vorgehen

Von Siegfried Vergin MdB

Zur fristlosen Kündigung des Münsteraner Politikprofessor Werner Pfeifenberger erklärt der Sprecher der Projektgruppe „Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt“ der SPD-Bundestagsfraktion, Siegfried Vergin:

Auf diese Entscheidung der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin habe ich lange gewartet. Erst die Entscheidung eines Wiener Handelsgerichtes veranlaßte Anke Brunn zum Handeln: Endlich entließ sie den Münsteraner Politikprofessor Pfeifenberger.

Endlich – denn Werner Pfeifenberger schrieb bereits 1995 in einem Artikel im „Freiheitlichen Jahrbuch“ der FPÖ, „nicht Deutschland, sondern die internationalistischen Kapitalisten (haben) den Zweiten Weltkrieg als militärische und wirtschaftliche Auseinandersetzung“ angestrebt und „alles“ getan, „um ihn zu provozieren.“ Angesichts dieser Interpretation kann man sich nur erstaunt die Augen reiben. Doch damit nicht genug. Der Politikwissenschaftler behauptet weiter: 1933 erfolgte eine „jüdische Kriegserklärung“ gegen Deutschland und beklagt das Ausnutzen des Holocaust für „schier unbegrenzte Wiedergutmachungsansprüche“. Dies

ist eine typisch revisionistische Schutzbehauptung. Gegen Herrn Pfeifenberger habe ich bereits 1995 Anzeige erstattet. Unverständlich ist mir, daß die zuständige Staatsanwaltschaft zu keiner Verfahrenseröffnung kam. Die Verfolgung physischer Gewalt allein bringt uns im Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht weiter. Geht es um die Vertreter des „intellektuellen Rechtsextremismus“, sollte klar sein: In Zukunft muß man auch gegen die geistigen Urheber rechtsextremer Ideologie ermitteln.

Wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten:

Das Aus einer Parteikarriere

Der ehemalige Bundesvorsitzende Günter Deckert (57) hat nun auch sein Amt als Vize der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) verloren. Bei der letzten Vorstandssitzung der ältesten bestehenden rechtsextremistischen Wahlpartei der Bundesrepublik Deutschland am 17. August in Hamburg wurde Deckert seines Amtes enthoben. Ihm war „fortwährende und schwerwiegende Verletzung der Treuepflicht gegenüber der NPD“ vorgeworfen worden. Begründet wurde die schwerwiegende Maßnahme mit Deckerts Veröffentlichungen in der „Deckert-Depesche“ („Die Stimme der Initiative ‘Solidarität mit Günter Deckert’“) und „DeckertStimme“ („Informationen für Nationale Demokraten“). In den beiden Periodika wurde regelmäßig zu Spenden zugunsten von Deckert aufgerufen.

Tatsächlich scheint Deckerts Finanzgebaren eine erhebliche Rolle bei der Entscheidung des NPD-Bundesvorstandes gespielt zu haben. So wirft der NPD-Bundesschatzmeister Erwin Kemna Deckert in einem Rundschreiben finanzielle Unregelmäßigkeiten vor. Deckert habe beispielsweise, so Kemna, eine Spende in Höhe von 50 000 Mark aus Wuppertal „seit 1993 nicht an den Parteivorstand weitergeleitet“. Kemna stellt außerdem die Frage nach dem Verbleib von rund 30 000 Mark, die im Zusammenhang mit dem Erwerb einer Immobilie in Ostdeutschland („Projekt Altmark“ in Sachsen-Anhalt) zwar gezeichnet, aber nicht ausgegeben wurden. Der größte Beitrag stammte damals aus den Reihen des Landesverbandes Baden-Württemberg. Weiterhin beklagt Kemna, daß Deckert sich bei seinen Unterstützern für deren Spenden in zum Teil beträchtlicher Höhe („von einem einzigen KV aus NRW erhieltst Du über das Hilfswerk wie durch direkte Spenden 6 000 DM!“) nicht bedankte. Das zur Jahreswende 1995/96 gegründete „Hilfswerk für politische Gefangene“ („Das Gebot der Stunde ist: Nationale Solidarität mit Günter Deckert und allen gefangenen Kameraden!“) sammelte Spenden über ein Sonderkonto von Erwin Kemna, der zugleich auch als Geschäftsführer des Vereines fungiert. Einer der Hauptnutznießer der finanziellen Mittel war zumindest bis November 1996 Deckert. Nun offenbart Kemna in dem vielfach verschickten Brief

die wider Erwarten gute Vermögenssituation Deckerts. „Du, der Du immer so tust als wärst Du hilfsbedürftig, hattest über 100 000 DM an Guthaben und weitere Konten mit 5-stelligen Beträgen“. Die intimen Kenntnisse über Deckerts Finanzsituation verdankt Kemna einem Anonymus, der ihm Kopien der Kontoauszüge von Deckert „eingelegt in eine Kopie der Deckert-Depesche Nr. 20“ zusandte. Kemnas Fazit: „Anscheinend überzeugst du auch in Weinheim nicht mehr alle!“.

Die Stuttgarter Staatsanwaltschaft ermittelt außerdem seit einigen Monaten gegen Deckert wegen des Verdachts der Untreue. So soll Deckert u. a. während seiner Amtszeit als NPD-Chef „mindestens 5 000 DM Monatssalär“ bezogen haben. Deckert fungierte seit 1991 als Bundesvorsitzender der NPD, ehe er Ende 1995 suspendiert wurde. Im März 1996 unterlag er in Abwesenheit, er ist seit November 1995 inhaftiert, in einer Stichwahl um das Amt des Vorsitzenden äußerst knapp dem derzeitigen ersten Mann der „Nationaldemokraten“, Udo Voigt. Deckert wurde neben Jürgen Schön und Udo Holtmann zu einem der drei Stellvertreter Voigts gewählt. Die 25monatige Haftstrafe des ehemaligen Gymnasiallehrer endet in der Vorweihnachtszeit, so bis dahin keines der zahlreichen Verfahren gegen Deckert mit einer rechtskräftigen Verurteilung endet. Ob die NPD die sich abzeichnende erneute Zerreißprobe überleben kann, werden die nächsten Monate zeigen. Zwar erbrachte die „Aktion 1000“ bislang 986 neue Mitglieder seit Jahresbeginn, so die aktuelle Ausgabe der „Deutschen Stimme“, doch werden die Mitgliederverluste des gleichen Zeitraumes nicht genannt. Und weitere Austritte stehen nun zu erwarten.

Sönke Braasch

HINWEIS

Hamburg. Seit Montag, 29. September, ist in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme eine Wanderausstellung zur Verfolgung der Zeugen Jehovas durch das Nazi-Regime zusehen. Noch bis zum 26. Oktober werden dort unter dem Titel „Standhaft trotz Verfolgung“ Pressedokumente, Zeitzeugenberichte, Chroniken und Karikaturen gezeigt. Die Ausstellung war bereits in 70 deutschen Orten zu sehen. Dr. Detlef Garbe von der KZ-Gedenkstätte in Neuengamme (Hamburg): „Ungefähr fünf bis zehn Prozent der KZ-Häftlinge waren in der Vorkriegszeit Zeugen Jehovas. In den Jahren 1939 bis 1941 hat die SS mit unvorstellbarer Grausamkeit gegen die Zeugen Jehovas gewütet.“

Lernfähige Burschenschafter?

Zum dritten Male fand Mitte August in Böhmen (Tschechien) die Freie Deutsche Sommerakademie statt, eine Theorieschulung aus dem Spektrum ehemaliger Lesekreise der JF, mehrheitlich Burschenschaftern des radikalen Flügels der DB, und der Synergion, dem deutschen Ableger des Netzwerkes um Robert Steuckers. Nach den Themen „Europakonzeptionen“ sowie „Wirtschaftspolitik“ der vergangenen Jahre drehte sich dieses mal alles um den Bereich „Staatslehre – eine wiederzuentdeckende Wissenschaft“. Wie in den Vorjahren wurden bei der Auswahl der Referenten die verschiedenen Strömungen der Rechten berücksichtigt und eine Mischung aus prominenten Vortragenden und Newcomern angestrebt.

Zu den ersteren gehört sicherlich Helmut Quaritsch, Professor an der Verwaltungshochschule Speyer und Mitherausgeber der Zeitschrift „Der Staat“. Quaritsch, bekanntgeworden als Organisator eines internationalen Carl-Schmitt-Kongresses in Speyer und als Exeget seines Werkes, sprach über „Gegenwart und Zukunft des Nationalstaates“ und blieb damit seinem Lieblingsthema der Souveränität treu, das er seit Beginn seiner publizistischen Tätigkeit Anfang der sechziger Jahre behandelt. Direkt auf Carl Schmitt schon in seinem Vortragsthema bezog sich der Nachwuchskader Jochen Lober (Jg. 1970), ein ehemaliger Landtags-

kandidat der „Republikaner“ in NRW und seit Beginn der neunziger Jahre Autor der „Staatsbriefe“. Ihm ging es um „Carl Schmitts verfassungstheoretische Überlegungen in den Jahren 1932 bis 1936“. Während der Student Lober noch um seine Reputation als Theoretiker kämpft, hat diese der Ordinarius für Öffentliches Recht Karl Albrecht Schachtschneider längst erworben. Im Gegensatz zu Quaritsch und Lober gehört er nicht zu der Reihe der Carl Schmitt-Verehrer, sondern versuchte seinen neoliberalen Ansatz an führender Stelle beim „Bund Freier Bürger“ einzubringen, verließ diesen jedoch wieder wegen der Kooperation mit der FPÖ.

Keinesfalls fehlen darf in einem solchen Kreis selbstverständlich Alfred Mechtersheimer, der, kaum zurückgekehrt von seinem Auftritt bei der Sommeruniversität der Synergies Européennes in der Lombardei, für sein Konzept der Re-Nationalisierung warb. Sein Vortragsthema war die „Ökonomische Selbstbehauptung im globalen Wettbewerb“.

In der „Jungen Freiheit“ wurde die Veranstaltung als die fünfte ihrer Art dargestellt. Das bedeutet, daß die beiden Sommeruniversitäten der Wochenzeitung nunmehr offiziell durch die Verantwortlichen der Sommerakademie für sich vereinnahmt und beansprucht werden. Mit dem Winterkolleg auf dem Haus der Burschenschaft Danubia in München hatte Anfang dieses Jahres erstmals ein zusätzliches Treffen zwischen den Sommerakademien stattgefunden.

Jean Cremet

Ermittlungen gegen Neonazi

Hilleröd (DK). Die dänische Polizei führte eine Razzia gegen die Postfachfirma NS 88 (Hilleröd) des Neonazis Marcel Schilf durch. NS 88 gilt als Europas größter Vertreiber von Videofilmen und CDs aus der neonazistischen Szene. Gegen Schilf wird nun wegen Verstoßes gegen den Rassismus-Paragraphen ermittelt. Wie die Polizei erklärte, handelt es sich um den ersten derartigen Fall in Dänemark, wo NS-Propaganda nicht verboten ist. Wer aber „öffentlich oder in weiterem Kreis“ andere Menschen aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe oder Herkunft bedroht oder erniedrigt, der macht sich strafbar. Schilf, Aktivist der NSDAP/AO, wurde 1973 in Brandenburg geboren und zog später mit seiner Mutter ins dänische Städtchen Birkerød, 20

Kilometer entfernt von Kopenhagen, wo diese einen Dänen heiratete. Schilf, mittlerweile dänischer Staatsbürger, pflegt enge Kontakte zu Neonazis in Brandenburg. In Dänemark avancierte Schilf zu einem Kader der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB); zeitweilig betreute er auch das Telefon im DNSB-Hauptquartier (genannt: „SA-Heim“) in Greve. Auf Schilf wurde die Polizei schon 1992 aufmerksam, als am 16. März eine Briefbombe den 29jährigen Antifaschisten Henrik Christensen in Dänemark tötete. Am Tag darauf wurden bei einer Hausdurchsuchung bei Schilf Bombenutensilien gefunden. 1994 trafen sich am 10. Juni deutsche, schwedische und dänische Skins zu einem „White Power Konzert“ in einem Vorort von Kopenhagen; die Anlaufadresse bildete die Wohnung von Schilf in Birkerød. 1995 war Schilf einer der Organisatoren des „Rudolf-Heß-Gedenkmarsches“ im dänischen Roskilde.

A.M.

Gedenkschrift für Heinz Putzrath

Ein Kämpfer für Demokratie und Gerechtigkeit

Vor einem Jahr, am 24. September, verstarb in Berlin der langjährige Bundesvorsitzende der „Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten“ (AVS), Heinz Putzrath. Wenige Tage zuvor war der 79jährige, von einer Sitzung des Beirats der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten kommend, auf dem Weg zur nächsten Besprechung zusammengebrochen.

Zum einjährigen Todestag von Heinz Putzrath haben Johannes Rau, stellvertretender Vorsitzender der SPD und Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD, eine 130 Seiten umfassende Gedenkschrift veröffentlicht. Überschieden haben sie das Buch mit dem Titel „Heinz Putzrath. Gegen Nationalsozialismus. Für soziale Demokratie“. Denn, so Rau und Faulenbach im Vorwort: „Zentraler Inhalt und Sinnzentrum seines Denkens und Handelns waren sein Kampf gegen Totalitarismus und Diktatur und sein unermüdlicher Einsatz für Demokratie und soziale Gerechtigkeit.“

Eigentlich war die Veröffentlichung als Festschrift konzipiert, mit der Freunde von Putzrath aus der AVS und der Historischen Kommission ihn zum 80. Geburtstag am 12. Dezember 1996 ehren wollten. Der überraschende Tod hat den Charakter des Buches verändert: Aus einer Festschrift ist eine Gedenkschrift geworden, wobei die Herausgeber das Manuskript kaum umgestaltet haben. Veröffentlicht sind in der Gedenkschrift u.a. Briefe, Interviews und Reden des Verstorbenen, Gespräche mit Weggefährten (Ludwig Gehm, Susi Miller), Beiträge von Publizisten (Antje Dertinger) und Historikern (Beatrix Herlemann) sowie Gedenkreden (Oskar Lafontaine, Hans-Jochen Vogel, Ignatz Bubis).

Heinz Putzraths „Leben für die soziale Demokratie“ (Johannes Rau), hatte seinen Anfang im damaligen Breslau. Schon als Schüler schloß sich der jüdische Kaufmannssohn dem „Deutsch-Jüdischen Wanderbund“ („Kameraden“) an, ging als Real- schüler in den „Sozialistischen Schülerbund“ und war zeitweilig Mitglied der KPD-Opposition (KPO), die frühzeitig die Gefahr in dem erstar-

kenden Nationalsozialismus erblickte.

Im September 1933 wurde er verhaftet. Ein vermeintlicher Gesinnungsfreund hatte seine politische Untergrundarbeit verraten. Der Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat folgten zehn Monate Haft im Polizeigefängnis Berlin-Alexanderplatz, in Moabit und im Jugendgefängnis Plötzensee mit Arbeit in Gefängniswerkstätten und Schwerstarbeit in den Steinbrüchen.

Putzrath war noch nicht 18, als er nach Verbüßung der Gefängnishaft nach Holland flüchtete, und dort im Lager für deutsch-jüdische Flüchtlinge eine Ausbildung als Bauschlosser machte. Er war noch nicht zwanzig, als er wegen politischer Betätigung aus Holland ausgewiesen wurde und in die Tschechoslowakei zur Jahreswende 1936 auf 1937 emigrierte. Noch im gleichen Jahr mußte er nach England flüchten, wo er seinen Unterhalt u.a. als Rohrlager bei einer Londoner Baufirma verdienen mußte. In England entfaltete Putzrath, nachdem er 11 Monate in verschiedenen Internierungslagern zubringen mußte, zahlreiche politische Aktivitäten. So gehörte er, nun Mitglied von „Neu Beginnen“, dem Vorstand der exilierten Arbeiterwohlfahrt an, engagierte sich als Mitglied der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien“ und arbeitete führend in der „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien“ mit, in der er maßgeblich beim Aufbau ihrer Jugendgruppe wirkte.

Im Herbst 1946 kehrte Heinz Putzrath nach Deutschland zurück. Zwölf von seinen damals knapp dreißig Jahren hatte er im Exil verbracht. Rasch stieg er, zunächst gewählter Juso-Vorsitzender des Bezirks Hannover und Mitarbeiter der SPD in Hannover und dann in Bonn, zum Chef des Auslandsreferats des Vorstands der SPD auf. Wesentliche Marksteine seiner dortigen Arbeit waren die Entwicklung guter Kontakte der SPD zur israelischen Arbeiterpartei und seine Beteiligung an den Vorbereitungsarbeiten zur Wiedergründung der „Sozialistischen Internationale“ (SI). Von 1961 bis 1968 setzte er sein politisches Wissen und Können als Geschäftsführer der Organisation „Weltweite Partnerschaft“ ein. Danach kam er 1969 mit 52 Jahren zur „Friedrich-Ebert-Stiftung“ (FES), wo er als Leiter der Abteilung „Gesellschaftspolitische Informationen“ vorstand.

1981 wurde Putzrath – nach seiner Pensionierung – in den Vorstand der AVS gewählt. Gegründet wurde diese 1979 auf Initiative von Willy Brandt. 1983 wurde Putzrath zum AVS-Bundesvorsitzenden

gewählt. Ein Amt, das ihn bis zu seinem Tod völlig ausfüllte – war er doch wie Susi Miller treffend schreibt, „der Motor“ der sozialdemokratischen Verfolgtenorganisation. Putzrath war es ebenso, der den auch außerhalb der SPD sehr geschätzten „AVS-Informationsdienst“ ins Leben rief und über all die Jahre hinweg engagiert und liebevoll redaktionell betreute.

Von Heinz Putzrath ging auch der Initialfunke zur Gründung des Projekts „Gegen Vergessen – für Demokratie“ im April 1993 aus. Ein Projekt, das heute quer durch die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen hinweg getragen wird. Die an der Gründung Beteiligten sahen und sehen darin auch eine

Antwort auf die Welle rechtsextremer Gewalt, die die Bundesrepublik seit den ausländerfeindlichen Ausschreitungen im September 1991 im ostsächsischen Hoyerswerda erfaßte; eine wie Hans-Jochen Vogel schreibt, „Gegenwehr gegen das Wiederaufleben gefährlicher Parolen, die Minderheiten verfeuern, einem Freund-Feind-Denken Vorschub leisten und Gewalt als ein zulässiges Mittel der politischen Auseinandersetzung propagieren“.

Anton Maegerle

Johannes Rau/Bernd Faulenbach (Hg.): Heinz Putzrath, gegen Nationalsozialismus. Für soziale Demokratie: Skizzen zu Leben und Wirken, Essen 1997 (Klartext-Verlag), ISBN 3-88474-564-6

BÜCHERSCHAU

Kontroversen um Hitler

Nicht ein Buch über die Geschichte des Lebens von Hitler, sondern über die Geschichte der Entwicklung unseres Wissens über Hitler legt der US-amerikanische Historiker John Lukacs mit seinem Werk „Hitler. Geschichte und Geschichtsschreibung“ vor. Er will darin die bedeutsamsten Interpretationen und Unterschiede der vielen verschiedenen Biographien beschreiben und bewerten sowie die noch offenen Fragen der Forschung benennen. In neun Kapiteln widmet sich Lukacs den unterschiedlichsten diesbezüglichen Aspekten und Fragestellungen:

Zunächst skizziert er aber damit zusammenhängende historiographische Probleme und liefert eine zusammenfassende Darstellung zur Entwicklung der Hitler-Biographien. Dem folgend beschäftigt sich der Autor mit den kontrovers diskutierten Themen: der Frage, ob Hitlers Weltbild bereits früh in Wien oder später in München geprägt wurde, der Kontroverse um seinen reaktionären oder revolutionären Charakter, Hitlers Auffassungen von Nation, Rasse, Staat und Volk, seine Bedeutung und Rolle als Staatsmann und Stratege, der Stellenwert des Antisemitismus und die Entscheidung zur Judenvernichtung sowie das Ansehen Hitlers bei den Deutschen vor dem historischen Hinter-

grund. Abschließend widmet sich Lukacs noch den offenen und heimlichen Bewunderern und Apologeten und fragt nach Hitlers Ort in der Geschichte des 20. Jahrhunderts und am Ende der Neuzeit.

Lukacs liefert mit seiner Darstellung eine informative und komprimierte Darstellung zur Geschichtsforschung und -kontroverse um die Person Hitler, womit eine interessante Einführung in die Interpretation von Entscheidungen und Lebensabschnitten des Diktators vorliegt. Sicherlich müssen für eine solche Arbeit Themen ausgewählt und es können nicht alle Fragenkomplexe behandelt werden. Gleichwohl irritiert das Fehlen von solchen zentralen Aspekten wie dem nach dem Verhältnis von Ideologie und Politik oder der Umsetzung von Politik in verschiedenen Phasen der Regierungstätigkeit. Darüber hinaus wirkt die Beschreibung einzelner Kontroversen eher oberflächlich, werden doch die unterschiedlichen Ansätze, deren Differenziertheit und Motive sowie der Verlauf der Forschungskontroverse nicht klarer herausgearbeitet. Bei vielen Ausführungen zu einzelnen Aspekten hätte man sich häufig mehr Informationen und eine breitere Darstellung gewünscht.

Armin Pfahl-Traugher

John Lukacs, Hitler. Geschichte und Geschichtsschreibung. Aus dem Amerikanischen von Helmut Dierlamm und Norbert Juraschitz, München 1997 (Luchterhand Literaturverlag), 367 S.

ZEITSCHRIFTENSCHAU

Periodika der extremen Rechten

„Nation+Europa“(NE)-47.Jg., Nr.9/97:
Der Umschlagtitel - „Showbusiness als Politikersatz“ (Anglizismen in einer nationalen Zeitschrift, pfui!) – wird nur im Leitartikel von Karl Richter aufgenommen. Schwerpunktthema ist hingegen die Meinungsfreiheit. Sie war Gegenstand des „Europa Vorn“-Pressefestes, das „erfolgreich über die Bühne“ ging. Das Thema wird aufgegriffen in einem Text über die Pressezensur in Deutschland, z. B. gegen rechtsextreme Publikationen durch die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften, was nur vergleichbar sei mit der Zensur der Alliierten nach 1945 („die größte Büchervernichtungsaktion der Geschichte“). Demgegenüber wird positiv hervorgehoben, daß (nachdem 1933 Adolf Hitler als Vorsitzender der stärksten Partei mit der Regierungsbildung beauftragt worden war <sic!> nach den unter Berufung auf Luther und das Wartburgfest vorgenommenen Bücherfesten („Demonstrationen“, „mit Bücherverboten hatten die Aktionen nichts zu tun“) Goebbels es unternahm, „die einzig verbindlichen Bücherverbote“ auszusprechen („Literatur von Emigranten, Marxisten und Sowjetautoren“), die Bücher wurden aber nicht verbrannt, sondern in den Bibliotheken mit Archivfunktion gesammelt und sekretiert“. Als Beispiel für Zensur wird der Prozeß gegen Frau Mégret und ihren Ehemann Bruno, MdEP und FN-Vordenker, eine „neue Inquisition“, gescholten. Erwähnt als Verstöße gegen Meinungsfreiheit sind ferner ein Prozeß gegen den „Wiener“ wegen Verleumdung von Juden und der Ausschluß des braunen Verlegers Grabert von den Stuttgarter Buchwochen. Ein bemerkenswertes Stück liefert Sabine Poling mit ihrer Polemik gegen Verbote von Skinhead-CDs; ihre Verherrlichung der unappetitlichen Texte ist staatsanwaltschaftlicher Lektüre anempfohlen. Es seien Texte, „auf hemmungslosen Tabubruch angelegt“, um „mit schrillen Parolen die Schweigespirale zu durchbrechen“. Dankbar wird vermerkt, daß durch staatliche Aktionen die Nachfrage ins Unermeßliche gestiegen sei. Lob erfährt („einige interessante Gedanken“) der FDP-Vorsitzende für seine Kritik an Subventionen, „selbst kirchliche karitative Einrichtungen bekommen ihr Fett weg“. Karl Richter preist Schönhubers Loblied auf den FN und Le Pen als „Modell Deutschland“, das möglicherweise schon über-

holt ist angesichts der berichteten Ambitionen Bruno Mégrets auf den Stuhl des FN-Vorsitzenden.

„Junge Freiheit“(JF)-12.Jg., Nr.37+38/97:
Gemaltes Horrorszenario ob der Kriminalität in den deutschen Großstädten, betitelt als „der schlappe Staat“. Ergänzend dazu wähnt Kai Guleikoff schier New Yorker Zustände, nur leider sei die deutsche Polizei durch strafrechtliche Vorschriften, defensive Taktik und mangelhafte Bewaffnung etc. hierzulande gegenüber der amerikanischen Metropole deutlich benachteiligt (37/97). Anlässlich des „Tags der Heimat“ am 7. 9. wird der Verlust des „gesamtdeutschen Erbes“ im Osten, genannt werden „Königsberg“, Gebiete in Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Rumänien, betrauert. Passend dazu findet sich im Heft die Anzeige der „Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands“, mit von der Partie u.a. die Rechtsextremisten Jürgen Schützing, Horst Zaborowski, Walter Staffa, die Anspruch auf Teile von Polen und Rußland sowie Eigentumsrecht in Tschechien erhebt und zu einer Demonstration am 3. Oktober nächsten Jahres aufruft. Ulrich Schacht, als Kandidat für die Brunner-Partei in Hamburg in den Ring gesprungen, betont im Interview einerseits seine strikte Gegnerschaft zu nacktem Kapitalismus, weiß sich andererseits aber beim BFB gut aufgehoben. Nicht rassistischer Untertöne entbehrt der Bericht über „affirmative action“ in den USA; Chancengleichheit könne nicht durch Bevorzugung von Unterprivilegierten erreicht werden, staatliche Almosen seien für Farbige ohnehin kontraproduktiv (37/97). Im Visier wieder einmal die „multikulturelle Gesellschaft“ und die Gefahren der „Überfremdung“. Zwar hätten einige Medien mittlerweile dazugelernt (SPIEGEL, Focus), unverständlicherweise würden trotzdem weiterhin Forderungen nach erleichterter Einbürgerung erhoben (38/97). Der Forderung nach individueller Entschädigung für tschechische NS-Opfer, die im übrigen viel zu hoch angesetzt seien, wird die angeblich weitverbreitete Deutschfeindlichkeit in Tschechien und die ausgebliebene Entschädigung der Sudetendeutschen entgegengesetzt. Zum JF-Dauerbrenner „Wehrmachtsausstellung“ präsentiert Geschichtsrevisionist Alfred Schickel Ehrenbezeugungen von ehemaligen militärischen Gegnern zur Ehrenhaftigkeit der Deutschen Wehrmacht, für die der „Dank des Vaterlandes“ sich durch Kräfte mit „großinquisitorischer Selbstgerechtigkeit“ in einen „Fluch der Nachwelt“ verkehrt habe (38/97).

Ein gemeinsames politisches Lager?

JF-Chefredakteur Dieter Stein zum Verhältnis von „Junge Freiheit“ und „Nationalzeitung“

Nach außen hin distanziert sich die „Junge Freiheit“ (JF) gern vom Vorwurf des Rechtsextremismus, sie führt sogar um der Verhinderung eines möglichen Image-Schadens diesbezügliche Prozesse. Ab und an formulieren aber Autoren in ihr rechtsextremistische Positionen, ohne sie durch Andeutungen, Anspielungen oder Frageformen im Sinne einer „Mimikry“-Darbietung sonderlich zu kaschieren. Noch seltener kommt es vor, daß sich der um scheinbare demokratische Seriosität bemühte Chefredakteur Dieter Stein mit den Formulierungen vergreift. Wenn es denn einmal offen geschieht, verdient dies entsprechende Beachtung. In einem Artikel mit dem Titel „Der Stachel im Fleisch“ schreibt Stein in der JF, Nr. 36/29. Au-

gust 1997, S. 2: „Es gibt überhaupt keine rechte oder nationalkonservative Zeitung und Zeitschrift, die in Deutschland am Kiosk erhältlich ist – außer der JUNGEN FREIHEIT. Abgesehen von den in freigewählter Isolation erscheinenden Radaublättern Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung aus München ist also Essig mit einer konservativen, rechten Presse am Kiosk in Deutschland.“ Stein rechnet demgemäß die beiden eindeutig rechtsextremistischen Presseorgane zur „konservativen, rechten Presse“, seine „Junge Freiheit“ sei ebenfalls eine „rechte oder nationalkonservative Zeitung“. Demnach gehören für Stein beide bzw. alle drei Zeitungen einem gemeinsamen politischen Lager an, er mag also keine bedeutenden Unterschiede auf der grundlegenden ideologischen Ebene zu sehen. Differenzen zur „Nationalzeitung“ bestehen für Stein nur auf der formalen Ebene: zum einen, was das Niveau („Radaublätter“), zum anderen was die gesellschaftliche Wahrnehmung „freigewählte Isolation“) angeht. Ihm soll hier nicht widersprochen werden.

APT

Tagebuch

Inland

Bad Berleburg (NRW) – Die neonazistische Hetzschrift „Freie Stimme“ (Postfachadresse im nordrhein-westfälischen Bad Berleburg) solidarisiert sich in ihrer jüngsten Ausgabe (Nr.13) ausdrücklich mit dem Polizistenmörder Kay Diesner. Der wird als „unser Kamerad und Mitkämpfer“ charakterisiert, der nun „Kriegsgefangener des Systems“ sei. Gelobt werden insbesondere die „Anti-Antifa“-Aktivitäten Diesners. So soll er u.a. in „Zeckenläden einschlägige Literatur beschafft oder sich um Feindadressen bemüht“ haben und bei der 1. Mai-Demo 1994 in Kreuzberg „als Linker verkleidet“ mitmarschiert sein. Zum Polizistenmord schreibt die „Freie Stimme“: „Wer sich (...) als Polizist in den Dienst eines Staates stellt, muß immer damit rechnen (...) erschossen zu werden“. Am Ende des zweiseitigen Textes ist ein germanischer Recke abgebildet, der seinen Kontrahenten tötet. Umrahmt wird das Bild mit den Worten: „Deutsche Taten statt Warten“.

Berlin – Nach einer Pause von einem dreiviertel Jahr erscheinen die „Berlin-Brandenburger Zeitung“ samt ihren Ablegern im Rahmen des „nationalen Medienverbundes“, die Ausgaben „Jun-

ges Franken, „Mitteldeutsche Rundschau“, „Neue Thüringer Zeitung“, „Süddeutsche Allgemeine Zeitung“ und Westdeutsche Volkszeitung“, wieder. Als Herausgeber fungiert weiterhin der 53jährige Berliner Rechtsextremist Frank Schwerdt, Vorsitzender der neonazistischen Organisation „Die Nationalen e.V.“ und inzwischen wieder Mitglied der NPD. Der leitende Redakteur Christian Wendt befand sich seit September 1996 wegen einer Verurteilung für ein knappes Jahr in Haft, Mitstreiter Lutz Giesen ist weiterhin inhaftiert. Bei dem stellvertretenden leitenden Redakteur für die „Süddeutsche Allgemeine“ (SAZ), Peter von Singhofen, handelt es sich nach Einschätzung des Verfassungsschutzes um ein Pseudonym. Der Neonazi Stephan Göbeke-Teichert aus dem württembergischen Aichwald (Kreis Esslingen) ist nicht nur Autor der SAZ, sondern der Mann im Hintergrund. Er leitet außerdem seit wenigen Wochen die „Generalvertretung“ der neonazistischen „Nationalen Initiative Schweiz“ (vgl. BNR 19/97).

Berlin – Der US-amerikanische Völkerrechtler Alfred de Zayas wurde am 7. September auf der Großveranstaltung des „Bundes der Vertriebenen“ (BdV) zum 48. Tag der Heimat in Berlin als erster Nicht-Europäer mit der Plakette für „Verdienste um den deutschen Osten und das Selbstbestimmungsrecht“ ausgezeichnet. Zayas, ebenso

Kulturpreisträger des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“ ist auch als Referent bei der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“ und Autor in den Zeitschriften „Criticon“ und „Das Ostpreußenblatt“ bekannt.

Bielefeld – Konkurrenz für Thorsten Lemmers „Rock Nord“ will die neue rechtsextreme Musikzeitschrift „Unsere Welt – Das Magazin des Rock’n Roll-Widerstandes“ (Postfachadresse Bielefeld) werden. Die Aufmachung des Blattes ist allerdings ziemlich primitiv und bietet – abgesehen von wenigen politischen Beiträgen – außer den obligatorischen Bandinterviews, Konzertberichten sowie CD- und Fanzine-Rezensionen nichts. Gelobt wird das Erstlingswerk im Thule-Netz: Wichtig sei, „daß die Zeitschrift nicht wie Lemmers >Rock Nord< der Geldmacherei in der Szene dient“. „Rock Nord“ bezeichnet das Thule-Netz verächtlich als „JF des Musikgeschäfts“. Als Kontoinhaber von „Unsere Welt“ wird Bernd Stehmann, einst Kader der Kühn-treuen „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ genannt.

Bochum – Die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) wollen am 18. Oktober einen „Europakongreß“ mit Gästen aus europäischen Staaten wie Niederlande, Frankreich, Irland, Griechenland, Rumänien u.a. an einem Ort in zentraler Lage durchführen. Für die musikalische Erbauung werden die braunen Barden Frank Rennie und Oliver Hähnel sorgen. Nähere Informationen über die JN in Bochum.

Brandenburg/Havel – Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Heinz Barth (76), der „Schlächter von Oradour“, ist frei. Das brandenburgische Oberlandesgericht entließ den 76jährigen, der 1983 in der DDR zu lebenslanger Haft verurteilt worden war, aus dem Gefängnis von Brandenburg/Havel auf Bewährung. Barth war Zugführer im I. Bataillon des SS-Panzerregiments „Der Führer“, das am 10. Juni 1944 ein Massaker an der Dorfbevölkerung von Oradour-sur-Glane in Frankreich verübte, 642 Menschen wurden ermordet, darunter 202 Kinder. Barth hatte auch an der Erschießung von 92 Menschen in der Tschechoslowakei im Sommer 1942 teilgenommen. Er kommentierte seine Entlassung, daß er „jetzt genug gebüßt“ habe. 1995 hatte Barth für Aufsehen gesorgt, weil ihm 1991 wegen einer Beinverletzung 720 Mark Kriegsopferrente zugesprochen wurden. Erst nach internationalen Protesten stoppte das Cottbuser Versorgungsamt die Zahlungen.

Ettlingen/Holbaek (DK) – Der neuesten Ausgabe der Neonazi-Postille „Einheit+Kampf“ ist zu entnehmen, daß der baden-württembergische Rechtsextremist Dr. jur. Dr. med. Helmut Grimm (Jahrgang 1928) seinen Wohnsitz von Ettlingen (bei Karlsruhe) ins dänische Holbaek verlegt hat. Spätestens 1993 wurde Grimm, Teilnehmer beim „Rudolf-Heß-Marsch“ in Wunsiedel, in rechtsextremen Kreisen bundesweit bekannt, als er eine Broschüre mit dem Titel „Der Staatssumpf der Bundesrepublik. Steuer-Boykott. Eine juristisch-medizinische Untersuchung des gegenwärtigen Unrechtsstaates“ in der Reihe „Kritik. Die Stimme des Volkes“ im „Nordwind-Verlag des Alt-Nazis Thies Christophersen veröffentlichte. Über den Text Grimms, Autor in der NS-apologetischen Schrift „Recht und Wahrheit“, berichteten u.a. „Nation+Europa“, das britische „Scorpion“ und „Courrier Du Continent. Bulletin du Nouvel Ordre Européen“ (Schweiz). Grimm soll auch heute noch Kontakte zu dem Justizflüchtling Otto Ernst Remer (Spanien) unterhalten.

Hamburg – Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen vom 21. September (vgl. S.2) hat die rechtsextremistische DVU den Einzug in vier Bezirksparlamente geschafft und stellt künftig 13 Abgeordnete (1993: zwei): Harburg 7,5% (3 Sitze; REP 3,4%; NPD 0,2%), Hamburg-Mitte 8,5% (4 Sitze; REP 2,9%, NPD 0,2%), Wandsbek 5,5% (3 Sitze; REP 1,6%, NPD 0,1%) und Bergedorf 5,5% (3 Sitze; REP 3,4, NPD 0,1%, BFB 1,5%). In Altona erzielten DVU 4,0%, REP 1,8%, NPD 0,2%, in Eimsbüttel DVU 3,7%, REP 1,7%, NPD 0,1%; in Hamburg Nord lagen DVU bei 4,0%, die REP bei 1,5 % und die NPD bei 0,1%. Die „Deutsche Volksunion“ des Dr. Frey holte am 21. September in folgenden Stadtteilen Ergebnisse über 10 Prozent: Billbrook (14,8%; 1993: 3,8%), Billstedt (11,1;5,0), Hamm-Mitte (10,8;5,2), Hamm-Süd (12,2;5,1), Horn (10,1;5,2), Jenfeld (11,9;5,0), Rothenburgsort (10,0;6,1), Wilhelmsburg (10,4;4,4). Die „Republikaner“ mußten durchwegs starke Stimmenverluste verbuchen und konnten lediglich im Stadtteil Steinwerder 5,4 Prozent (1993: 9,2) der Wählerstimmen einheimsen.

Hammelburg – Das diesjährige Bundestreffen der revanchistischen „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger des Eisernen Kreuzes e.V.“ (OdR) findet vom 17. bis 19. Oktober in Hammelburg statt. Nach Angaben des Bundesverteidigungsministeriums wird sich die Bundeswehr an dem Treffen der Ewiggestrigen mit einer Abstellung von zwei Eh-

renposten für die Gedenkfeier am städtischen Ehrenmal in Hammelburg beteiligen sowie verschiedene Führungen für die Veteranen anbieten. Im vergangenen Jahr hatte die Bundeswehr aufgrund massiver öffentlicher Proteste in Dresden ihre Teilnahme bei dem rechtslastigen Treffen abgesagt (vgl. BNR 22/96).

Kassel – In der neuesten Ausgabe der „Thule-Briefe“, dem „Infoblatt für Freunde und Förderer des Thule-Seminars“ (Sitz: Kassel), wird die verfassungsfeindliche Rechte aufgefördert, „ideologische Verkrustungen“ aufzubrechen und neue „Organisations- bzw. Aktionsformen“ zu ergreifen. Das „Thule-Seminar“ kommt zum x-ten Male zu dem Ergebnis, daß der „liebgewordene Auftritt in 30er-Jahre-Kostümierung eben kontraproduktiv“ erscheint. Stattdessen sollte man „neue Wege beschreiten“. Konkrete Vorschläge kann das „Thule-Seminar“ jedoch nicht bieten.

Kiel – Ungewöhnlich: Zwischen der Vorstellung des Jahresberichte des Landesamtes für Verfassungsschutz bat der Landesinnenminister Ekkehard Wienholtz (SPD) in Kiel zur Pressekonferenz, um zu verkünden, daß die „rechte Szene“ im nördlichsten Bundesland aufrüstet. Schwerpunkte an Aktivitäten im Land zwischen den Meeren seien in den Kreisen bzw. kreisfreien Städten von Nordfriesland, Rendsburg, Ostholstein (Eutin), Segeberg (Hensoldt-Ulzburg), Neumünster und Lübeck auszumachen. Der personelle Zulauf sei beträchtlich. Als regionalen Führer bezeichnete Wienholtz dabei den Ex-Vorsitzenden der verbotenen „Nationalen Liste“ aus Hamburg, Thomas Wulff, der in seiner Heimatstadt an der Elbe selbst fast überhaupt keine Aktivitäten mehr entwickelt, sondern sich offenbar ganz auf Schleswig-Holstein konzentriert.

Kiel – Der 1991 erstmals bekanntgewordene „Arbeitskreis für deutsche Politik“ (Postfachadresse: Kiel) ein „Kristallisationspunkt in der rechtsextremistischen Szene Schleswig-Holsteins“, so der Landesverfassungsschutzbericht, führt am 1./2. November seine diesjährige Herbsttagung im Großraum Bremen durch.

Marburg – Anlässlich der Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944“ in Marburg kam es am 14. September zu Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Demonstranten. Die gesamte rechtsextreme Szene hatte im Vorfeld der Ausstellung nach Marburg mobilisiert. Dabei war auch die neonazi-

stische „Sauerländer Aktionsfront“ mit einem 50 Mann starken Aufgebot. Zu den Demonstrationsanmeldern gehörten der Reserveoffizier Eike Erdel vom „Republikanischen Hochschulverband“ und Manfred Roeder (68). Der ehemalige Rechtsterrorist Roeder demonstrierte eine Woche später zusammen mit etwas mehr als einem Dutzend Getreuer erneut gegen die Wehrmachtsschau. Mit seinem aktuellen Rundbrief versendet Roeder eine kleine Broschüre des ehemaligen Wehrmachtsangehörigen Hennecke Kardel aus Hamburg. Die 28seitige Polemik Kardels denunziert die Ausstellung des Hamburger Instituts als „Wehrkraftzersetzung“. Roeder hat die Broschüre („Kardel bringt alle notwendigen Argumente“) nachdrucken lassen, und „will sie massiv in Marburg einsetzen, wo Reemtsmas Lügenzirkus vom 12. September – 17. Oktober gastiert. Sie geht jetzt an alle 500 Professoren der dortigen Uni und 75 Pastoren“.

München – Der stellvertretende bayerische Landesvorsitzende sowie Kreis- und Bezirksvorsitzende der „Republikaner“ Otmar Wallner ist am 28. August aus der Partei ausgetreten. Wallner, auch REP-Bundesvorstandsmitglied, kam damit einem gegen ihn laufenden Parteiausschlußverfahren zuvor. Der rechtsextreme Hardliner trat vergangenes Jahr im Oktober auf dem REP-Parteitag in Hannover um das Amt des Bundesvorsitzenden an, unterlag aber klar gegenüber dem amtierenden Vorsitzenden Rolf Schlierer. Der REP-Bundesvorstand hatte Wallner Ende vergangenen Jahres wegen dauernder Angriffe auf das Judentum und Propagierens „völkischer“ und neuheidnischer Positionen von seinen Parteifunktionen entbunden.

Passau/Stuttgart/München – Auch die NPD – ebenso wie die Konkurrenzpartei „Deutsche Volksunion“ – begehrt Einlaß in die Nibelungenhalle in Passau. Wie auch für die Getreuen der Frey-Partei, heißt es daher künftig für NPD-Anhänger „auf nach Passau“. Am 7. Februar kommenden Jahres soll dort ein „erstmalig veranstaltetes Parteifest mit Bundeswahlkongreß“ stattfinden. Die NPD kündigte an, für die Veranstaltung, mit der sie den Bundestagswahlkampf einläuten will und zu der sie mehrere tausend Teilnehmer erwartet, bundesweit in großem Stil werben zu wollen, damit „das Deutschlandfest 1998 der Tag des nationalen Widerstandes“ werde.

Die bayerische NPD will zu den Landtagswahlen im Freistaat im Herbst nächsten Jahres antreten.

Dies hat der Landesvorstand auf dem jüngsten Landesparteitag beschlossen.

Romrod (Hessen) – Die neuheidnische Vereinigung „Die Goden e.V.“ führt am 3./4. Oktober ihre diesjährige Tagung im hessischen Romrod bei Asfeld durch. Als Referenten sind u.a. der Runen-Esoteriker Gerhard Heß, Autor der neonazistischen „Nordischen Zeitung“ und Referent beim „Stammestreffen“ der „Sueben, Alemannen, Helvetier und Vindeliker“ sowie Hans-Jürgen Hagel, Unterzeichner des revisionistischen „Appells der 100“ (zwischenzeitlich: „Appell der 1000“) angekündigt. „Goden“-Organ ist die im 41. Jahrgang erscheinende Monatsschrift „Die kosmische Wahrheit“; presse-rechtlich verantwortlich zeichnet Margarete Gabke.

Stuttgart – Im Aufbau befinden sich sogenannte „Mädel“-Seiten der NPD (Bundesgeschäftsstelle: Stuttgart) im INTERNET. Abrufbar sind bisher u.a. Beiträge zu den Themenfeldern „Das Leben der germanischen Frau“ oder „Die deutsche Frauendichtung“. In einem Vorwort schreibt Katharina Handschuh, Mädelbeauftragte der „Jungen Nationaldemokraten“: In der heutigen Zeit, die geprägt ist vom Werteverfall, der Zerstörung deutscher Identität durch Multikultur und Überfremdung, ist es notwendiger als jemals zuvor, daß sich Frauen und Mädels auf ihre Sendung und Aufgabe im Volke zurückbesinnen und sich aktiv am nationalen Befreiungskampf beteiligen.“ Berichtet wird auch über „Mädels im Ordnungsdienst der NPD/JN“, die am letzten Pfingstwochende bei einem Ordnungsdienstlager unter der Leitung von Achim Ezer gedrillt wurden.

Ausland

Dänemark (Kopenhagen) - Der dänische Neonazi Thomas Derry Nakaba, zeitweilig Mitglied der „Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung“ (DNSB), ist von einem Berufungsgericht im dänischen Kopenhagen zu acht Jahren Haft verurteilt worden.

Adresse:

Die Richter befanden in für schuldig, drei Briefbomben verschickt zu haben. Zwei seiner Kameraden, Michael Volder und Nicky Steensgard, wurden zu je drei Jahren Haft verurteilt. Nakaba hatte die Briefbomben, die an die britische „Anti-Fascist Action“, eine mit einem Farbigen verheiratete Fernsehsprecherin und einen Überläufer aus den eigenen Reihen adressiert waren, am 17. Januar im schwedischen Malmö aufgegeben. Sprengstoff, Zündkapsel und Bauanleitung erhielt er von dem britischen Neonazi Will Browning („Combat 18“) erhalten.

Spanien (Madrid) – Eine Delegation des Simon-Wiesenthal-Centers hat sich bei Spaniens Premier Jose Maria Aznar für die Überprüfung des Asyl von Nazi-Kriegsverbrechern und des aus Österreich flüchtigen Holocaustleugners Gerd Honsik eingesetzt. Ein Sprecher des Wiesenthal-Centers wies dabei auch auf vier in Spanien lebende Altnazis hin: Otto Ernst Remer, der den Aufstand gegen Hitler am 20. Juli 1944 blutig niedergeschlagen hatte sowie drei SS-Mitglieder, denen Asyl gewährt wurde.

Österreich (Wien) – Gottfried Küssel, wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung zu zehn Jahren verurteilter Neonazi, hat nunmehr fünf Jahre seiner Gefängnisstrafe abgebußt. Küssel, der 1986 die „Volkstreue Außerparlamentarische Opposition“ (VAPO) gegründet hatte, wurde am 7. Januar 1992 verhaftet, da er sich in mehreren Fernsehberichten, die in den USA und in Österreich ausgestrahlt wurden, zum Nationalsozialismus bekannte. Neben Küssel sitzen auch seine VAPO-Kameraden Hans Jörg Schimaneck, Peter Binder und Peter Preisl weiter in Haft.

IMPRESSUM

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.

Verlag:
Vorwärts Verlag GmbH
Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin
Telefon (030) 25 99 36 41, Fax 25 99 36 54

Redaktionsleitung:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Winterstraße 35, 53177 Bonn
Telefon (0228) 951 04 16, Fax 31 45 23

Satz und Lithos:
Vorwärts Verlag Berlin; Heidemarie Lehmann

Herstellung:
OPS GmbH, Hamburg

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 117,- jährlich, zzgl. MwSt. und Versandkosten